

Verordnung

vom 6. Juni 2011

Inkrafttreten:

01.01.2008

zur Aufhebung der Beschlüsse über die Beteiligung der Gemeinden an der Finanzierung der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung und der Familienzulagen in der Landwirtschaft

Der Staatsrat des Kantons Freiburg

gestützt auf das Gesetz vom 12. Juni 2007 zur Anpassung gewisser Bestimmungen der kantonalen Gesetzgebung an die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen;

in Erwägung:

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) trat am 1. Januar 2008 in Kraft. Seither beteiligen sich die Gemeinden nicht mehr an der Finanzierung der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), der Invalidenversicherung (IV) und der Familienzulagen in der Landwirtschaft.

Folglich ist es angebracht, die Beschlüsse über die Beteiligung der Gemeinden an der Finanzierung der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung und der Familienzulagen in der Landwirtschaft aufzuheben.

Auf Antrag der Direktion für Gesundheit und Soziales,

beschliesst:

Art. 1

¹ Der Beschluss vom 28. Dezember 1954 betreffend die Beteiligung der Gemeinden an der Finanzierung der Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern (eidgenössische Regelung) (SGF 836.52) wird aufgehoben.

² Der Beschluss vom 13. Dezember 1982 betreffend die Beteiligung der Gemeinden an den finanziellen Lasten der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung und der Familienzulagen in der Landwirtschaft (SGF 841.1.62) wird aufgehoben.

Art. 2

Diese Verordnung wird rückwirkend auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt.

Der Präsident:

E. JUTZET

Die Kanzlerin:

D. GAGNAUX